

Haushalt und Finanzen 2019



Rede des Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion, Carsten Rampe, anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2019 am 12. Dezember 2018

(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrter Herr Landrat,
Damen und Herren Mitglieder des Kreistages,
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung,
liebe Gäste,

um am Ende beim Haushalt des Kreises Coesfeld zu landen, will ich am Anfang einen kleinen Schlenker machen – und zwar von unseren Nachbarn im Kreis Steinfurt über die Bundeshauptstadt Berlin, dann an den Rhein nach Düsseldorf und dann wieder zu uns. Alle diese Stationen fügen sich dann zu einem Bild zusammen, das gut in unsere Haushaltsdebatte passt. Und dieses Bild zeigt einige wichtige Punkte auf, an denen die SPD-Fraktion Kritik und Handlungsempfehlungen hat.

Mit dem Bund will ich anfangen – allerdings noch nicht in Berlin, sondern vielmehr in Brochterbeck, im Kreis Steinfurt. Da kommt nämlich die Bundesbildungsministerin Frau Karliczek her, sie ist damit eine von 2628 Einwohnerinnen und Einwohnern – sagt die Wikipedia, die man ja auch mobil auf dem Smartphone aufrufen kann, wenn man nicht gerade in einem ländlichen Funkloch steckt. Vermutlich ca. 2627 der 2628 Brochterbeckerinnen und Brochterbecker würden sich über schnelle Internetverbindungen freuen, insbesondere darüber, wenn der 5G-Standard, also die nächste Generation des mobilen Internets, keinen Bogen um Brochterbeck macht.

Leider sieht das die eine Brochterbeckerin, die an einer entscheidenden Stelle im Entscheidungsprozess sitzt, etwas anders. Frau Karliczek hat deutlich gemacht, dass es ihrer Meinung nach kein flächendeckendes 5G in Deutschland braucht. Wörtlich sprach sie davon, dass man kein schnelles Netz „an jeder Milchkanne“ brauche.

Ziemlich viele dieser Milchkanne stehen auch bei uns im Kreis Coesfeld. Und wie der Breitbandkoordinator des Kreises Jochen Wilms im Ausschuss für Wirtschaftsförderung klar gemacht hat, ist ja selbst 4G in Teilen des Kreises mehr eine fromme Wunschvorstellung, auch wenn es insgesamt gar nicht so übel mit den Netzverbindungen bei uns aussieht.

Für mich ist klar: Wir brauchen den neuen Standard überall. Ohne Funklöcher, nicht mit 98% Netzabdeckung, sondern mit 100%. Und zwar an jeder Milchkanne – schließlich können auch landwirtschaftliche Betriebe heutzutage sehr viele Daten verarbeiten, um effizient zu wirtschaften. Und auch wenn man für Netflix und Instagram kein 5G braucht, für die Weiterentwicklungen im Bereich der Mobilität – Stichwort selbstfahrende Autos – braucht man es eben schon.

Über das Engagement des Kreises will ich an dieser Stelle gar nicht Negatives sagen. Wir tun was für den Glasfaserausbau und für digitalen Bürgerservice zum Beispiel. Mehr geht natürlich immer. Aber die Bemühungen des Kreises rund um das Thema Digitalisierung finde ich ausdrücklich gut. Auch weil sich das im Haushalt widerspiegelt.

Was mir aber fehlt, ist die klare Meinungsäußerung, die mehr als deutlich geäußerte Erwartung an den Bund, den ländlichen Raum nicht abzuhängen. Das sollten wir uns an dieser Stelle klarmachen: Die Bundesregierung ist gerade dabei Entscheidungen zu treffen, die uns abseits der großen Ballungsräume auf Jahrzehnte schaden werden.

Ich verweise gerne auf den SPD-Landtagsabgeordneten André Stinka, der sich hier bereits deutlich zu Wort gemeldet hat. Es wäre doch schön, wenn auch zum Beispiel der Landrat sich hier einmal dazu bemühen würde, der Bundesbildungsministerin einen Hinweis darauf geben würde, dass der Auftrag gleichwertiger Lebensverhältnisse in unserer Verfassung steht. Wenn aber Internetverbindungen, die heutzutage kein Luxus mehr sind, sondern vielmehr Teil der Daseinsvorsorge, nur dort funktionieren, wo auch genug Menschen wohnen, dann ist es damit nicht besonders weit her.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich weiß, jetzt kommt der Vorwurf, dass ich die Bundesbildungsministerin nur kritisiere, weil sie von der CDU ist. Digitale Inkompetenz ist aber leider weit ausgeprägter und macht auch vor Parteigrenzen nicht halt. Anders ist die breite Front der Bundesländer nicht zu erklären, die im Moment gegen die Grundgesetzänderung rund um die Digitalisierung unserer Schulen ist. Und damit sind wir dann wie angekündigt beim Land angekommen.

Man sollte sich das genüsslich auf der Zunge zergehen lassen: Der Bund will uns in den Ländern viel Geld geben, damit wir unsere Schulen digital aufrüsten können, mit Tablets, mit WLAN usw. Das würde natürlich den Kommunen landauf landab erheblich nützen – ganz zu schweigen von den Schülerinnen und Schülern.

Wir in NRW und auch in anderen Bundesländern –in vorderster Front unser Ministerpräsident Laschet – lehnen das aber ab. Weil die Länder auch was dazu tun müssten und sich nicht vorschreiben lassen wollen, dass Investitionen in die Bildung ziemlich gute Investitionen sind.

Der Föderalismus in Deutschland, den ich eigentlich für eine sehr gute Idee halte, wird damit auf eine völlig absurde Spitze getrieben. Das Grundgesetz mit seinem Bildungsföderalismus wird als Modernisierungsverhinderer vorgeschoben. Zum Schaden des Kreises und zum Schaden der Menschen im Kreis Coesfeld. Wir hinken im Bereich der Digitalisierung ohnehin schon vielen anderen Ländern in Europa hinterher – wer zum Beispiel mal in Schweden oder im Baltikum war, weiß das. Und jetzt sorgen wir dafür, dass das noch schlimmer wird.

Auch hier vermisste ich die laute Stimme des Kreises. Wobei ich wie gesagt natürlich durchaus wahrgenommen habe, dass der Landrat einen Schwerpunkt seiner Rede bei der Haushaltseinbringung auf die Digitalisierung gelegt hat, was ich wirklich positiv finde. Aber – und damit sind wir dann auch endgültig im Kreis Coesfeld angekommen – das ist auch bitter nötig.

Denn wir tun im Kreis Coesfeld leider seit vielen Jahren so, als sei bei uns alles in Ordnung. Wir ruhen uns auf einigermaßen positiven Wirtschaftsdaten und auf einer sehr niedrigen Arbeitslosigkeit aus. Insgesamt sind wir aber nur Mittelmaß. Das hat eine weitreichende Studie des Prognos-Institutes in diesem Jahr wieder einmal nachgewiesen.

Bei einem Ranking von 401 Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland landen wir alles in allem auf Platz 223. So richtig Spitze sind wir im Kreis nur beim Heiraten – da ist Platz 11 drin, so war es auf der Kreisseite nachzulesen. Ansonsten ist eher graues Mittelmaß angesagt. Da müssen wir ansetzen und da haben wir genug zu tun – auch ohne dass uns Berlin und Düsseldorf Knüppel zwischen die Beine werfen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die wichtigsten Aufgabenfelder sind aus Sicht der SPD-Fraktion klar. Der Punkt Infrastruktur ist dabei ganz wichtig und hier besonders die digitale Infrastruktur, auf die ich ja schon eingegangen bin.

Dazu kommen die Themen Bildung und Betreuung, Mobilität und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Das sind in meinen Augen die wesentlichen Baustellen, auf denen hoher Handlungsbedarf gegeben ist. Ich will kurz der Reihe nach darauf eingehen.

Eltern von Gebühren bei der Betreuung ihrer Kinder zu entlasten, ist seit vielen Jahren ein Hauptziel der SPD auf allen Ebenen. Ich bin überzeugt davon, dass kostenfreie Bildungsangebote von der Kita bis zum Hochschulabschluss oder bis zum Meisterbrief ein ganz wesentlicher Faktor für soziale Gerechtigkeit insgesamt sind.

Dabei kann ich durchaus damit leben, dass wir nicht alles auf einmal umsetzen können, sondern Schritt für Schritt vorgehen, natürlich auch um die finanzielle Belastung für den Kreishaushalt nicht zu

sehr ausufern zu lassen. Aber grundsätzlich sehen wir ja schon heute, dass in immer mehr Bundesländern Elternbeiträge für Kitas und Kindergärten verschwinden. Manchmal erst für das letzte Kindergartenjahr, manchmal geht es auch schon weiter. Diesen Weg sollten wir als Kreis konsequent auch gehen. Das ist ein echter Schritt in Richtung mehr Familienfreundlichkeit.

Ich freue mich in diesem Zusammenhang, dass die CDU unsere Initiative für den Wegfall von Geschwisterkinderbeiträgen aufgegriffen hat. Erstmals hat die SPD das glaube ich 2011 gefordert, aber es ist doch schön, dass sich gute Ideen langfristig durchsetzen. Und sinnvolle Vorschläge von anderen Fraktionen, die sich später auch bei der größten Fraktion im Kreistag wiederfinden, sind ja ein Evergreen bei jeder Haushaltsrede, die ich bisher in diesem Hause gehalten habe. Insofern freue ich mich, dass wir auch dieses Jahr wieder ein Beispiel für das Ideenrecycling haben.

Allerdings: Die Summe von 300.000 Euro vorsorglich in den Haushalt mit Sperrvermerk aufzunehmen, wäre sinnvoll gewesen. Dann hätten wir bei einer entsprechenden Beschlussfassung sowohl bei den Kita-Beiträgen als auch bei den Geschwisterkinderbeiträgen schnell handeln können. Schade, dass so viel Weitsicht für CDU und FDP dann doch etwas zu viel war.

Ein Hinweis noch in diesem Zusammenhang: Wenn man sich die Landkarte NRW im Hinblick auf Kitagebühren ansieht, stellt man fest, dass es hier einen großen Flickenteppich gibt. Die kommunale Ausgestaltung dieser Beiträge ist extrem unterschiedlich. Damit werden diese Gebühren zu einem echten Wettbewerbsfaktor, wenn es darum geht, wo man gut leben kann. Ein wirklich guter Grund also, hier noch familienfreundlicher zu sein!

Sehr geehrte Damen und Herren,

wirklich gefreut hätte ich mich, wenn sich im Haushalt die Ergebnisse unserer Schulentwicklungsplanung wiederfinden würden. Man hätte punktgenau schauen können, wo der Handlungsdruck besonders hoch ist, welche Maßnahmen sich an welcher Stelle im Vergleich anbieten.

Aber leider haben wir keine Schulentwicklungsplanung. Beantragt und beschlossen wurde sie bei den Beratungen zum Haushalt 2018, also vor einem Jahr. Seitdem: Leider nichts.

Das empfinde ich als sehr problematisch. Nicht nur aufgrund unserer eigenen fehlenden Klarheit. Sondern auch, weil die Ergebnisse unserer Schulentwicklungsplanung sicher für die kreisangehörigen Kommunen spannend wären. Die sind schließlich auch gerade in ihren Haushaltsberatungen. Statt viel beschworener Synergieeffekte haben wir also ein allgemeines Fahren auf Sicht, ohne gemeinsame Abstimmung, ohne miteinander geklärte Zukunftsplanung.

Das passt auch zur im Vorjahr geäußerten deutlichen Kritik aus der Bürgermeisterrunde. Ich bin mir sicher, dass Sie sich alle daran erinnern. Und es wirft die Frage auf, wie ernst wir als Kreis eigentlich unsere kommunalen Partnerinnen und Partner insgesamt nehmen, nicht nur in der Bildungspolitik. Ich weiß, auch das ist ein alter Schlager, den die SPD immer wieder anstimmt. Aber es bleibt nun einmal völlig richtig: Mehr Gemeinsamkeit im Kreis würde uns guttun. Die Schulentwicklungsplanung ist dabei nur ein kleiner Baustein von vielen, aber unsere Forderung ist ganz deutlich, dass hier dringend Abhilfe geschaffen werden muss!

Sehr geehrte Damen und Herren,

in einem Flächenkreis wie dem unseren ist die Mobilität der Menschen natürlich immer eine zentrale Frage. Die Wege sind verhältnismäßig weit, längst nicht jeder verfügt über ein eigenes Auto – mal ganz abgesehen davon, dass es umweltschonend auch gar nicht sinnvoll ist, jeden Weg zum Beispiel mit einem benzinhungrigen SUV zu machen...

Stattdessen haben wir ja unlängst die Einführung eines Mobilitäts-Tickets oder eines besonderen Angebots für Azubis gefordert. Die bisherige Antwort, dass wir als Kreis dafür nicht zuständig sind, empfinde ich dabei als nicht ausreichend. Wir sind für viele Dinge nicht zuständig – wenn wir da ein Problem sehen, engagieren wir uns trotzdem. Insofern kann ich hier auch ankündigen, dass wir diese Frage wieder auf die Agenda bringen werden, unabhängig davon, ob dies eigentlich die Aufgabe anderer politischer Ebene wäre, die sich aber nun einmal nicht kümmern.

In diesen Kontext gehört natürlich auch der auf eine SPD-Forderung zurückgehende Radfahraktionstag, der dann im Herbst 2019 hoffentlich Realität wird. Ich freue mich auf jeden Fall

schon darauf und denke, dass wir damit eine gelungene Aktion für mehr Mobilität auf zwei Rädern und ohne Motor abgesehen von den eigenen Beinen hinbekommen.

Damit komme ich dann zur Frage des Wohnraums und der Schaffung neuer und bezahlbarer Wohnungen. Ich denke, wir müssen uns zunächst noch mal klar machen, dass dies nicht nur eine Frage für Ballungsräume ist, sondern gerade auch bei uns auf dem Land eine wichtige Rolle spielt. Wir sind nämlich auf den Bedarf an Wohnungen – das bedeutet eher geringere Wohnflächen zu niedrigen Preisen – zu wenig eingestellt. Dazu kommt ein Bedarf durch neue Wohnformen wie Wohngemeinschaften, die auf einmal nicht mehr nur für Studierende attraktiv sind, sondern ganz bewusst von Seniorinnen und Senioren bezogen werden.

Der Handlungsbedarf ist also hoch, auch aufgrund immer höherer Mieten und Kaufpreise – es ist eine Illusion anzunehmen, dass zum Beispiel das Rennen auf dem Münsteraner Wohnungsmarkt nicht auch Auswirkungen auf uns im direkten Umfeld hat.

Wenn der Kreis hier also mehr investiert und mehr Fördermittel bereitstellt, dann ist das sehr zu begrüßen. Wenn man sich dann aber anschaut, was beim geförderten Mietwohnungsbau wirklich herauskommt – nämlich wie vom Landrat dargestellt 31 Wohnungen in 2017 und 62 Wohnungen in 2018 – dann ist das schon ein bisschen ernüchternd.

Ich glaube, dass der Handlungsbedarf noch deutlich höher ist. Und lösen werden wir dieses Problem nur in enger Abstimmung mit den Kommunen. Wohnen zu angemessenen Preisen wird immer mehr zur wichtigen sozialen Frage. Gerade für Menschen mit geringem Einkommen haben wir hier eine hohe Verantwortung. Und insofern bin ich überzeugt davon, dass wir hier noch weiter gehen müssen, als das bisher der Fall ist. An Überlegungen, wie das geschehen kann, wird sich die SPD-Fraktion gerne beteiligen.

Last but not least einige Worte zur Finanzpolitik. Bei der Kreisumlage sind wir zwar nicht zufrieden, aber ich sehe zumindest ein gewisses Bemühen auf Seiten der Verwaltungsspitze. Die früher immer wieder mit großen Luftpolstern aufgeblähten Haushalte sind m.E. zumindest in Teilen einer etwas realistischeren Planung gewichen. Und wie schon eingangs gesagt: Die Investitionen in den Bereich der Digitalisierung heißen wir ausdrücklich gut. Dennoch ist es immer gut, sich darüber im Klaren zu bleiben, dass unser Haushalt maßgeblich durch die Kommunen im Kreis finanziert wird. Eine sparsame und verantwortungsvolle Haushaltsführung ist deshalb eine Pflicht unabhängig von der Umlagehöhe.

Es stellt sich allerdings die Frage, wie sich das zweite NKF-Weiterentwicklungsgesetz auf unseren Haushalt auswirkt. Der Landrat hatte hierzu ja in seiner Rede zur Haushaltseinbringung ja bereits Stellung bezogen. Diese Frage ist nach wie vor schwer zu beantworten. Sollte es deutliche Verbesserungen für uns geben, bin auch ich der Meinung, dass perspektivisch im neuen Jahr die Möglichkeit eines Nachtragshaushalts in Betracht gezogen werden muss.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das waren jetzt sozusagen die Highlights der Punkte, an denen die SPD-Fraktion größeren Handlungsbedarf sieht und an denen wir uns oft etwas mutigere Schritte seitens des Kreises wünschen würden. Ich meine damit vor allem politische Zielsetzungen mit einem Weitblick, der über den eigenen Tellerrand hinausgeht.

Solche Zielsetzungen sind im Haushaltsentwurf nicht abgebildet – wie eh und je, muss ich leider sagen.

Damit ist für uns dann aber auch wieder die Frage verbunden, ob uns fehlender Weitblick reicht, um die Planung für das kommende Jahr abzulehnen. Wir haben wiederum die Entscheidung getroffen, das nicht zu tun und entsprechend dem Haushaltsplan zuzustimmen. Wieder mit einem etwas unguuten Gefühl - ich möchte nur an Platz 223 im Ranking der Kreise und kreisfreien Städte erinnern, auch wenn man solche Studien nicht überbewerten sollte.

Wenn aber demnächst nicht nur die Spitzenposition beim Heiraten überbleiben soll, dann ist es insgesamt nötig noch mehr nicht nur an morgen, sondern auch an übermorgen zu denken.

Damit möchte mich bei Ihnen, liebe Kreistagsmitglieder, fürs Zuhören bedanken, für in diesem Jahr meist sachlichen und produktiven Streit und sehr oft gute Zusammenarbeit in den Gremien. Und ganz

besonderer Dank gilt den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung, auf die wir uns hier im Kreistag immer verlassen können.

In diesem Sinne: Frohe Weihnachten ☺

- - -